Frank-Walter Steinmeier nach Jerusalem und Ramallah

von Reiner Bernstein[1]

Der deutsche Außenminister reist zu Benjamin Netanjahu und Machmud Abbas. Die jüngste militärische Konfrontation vermittelt der Reise ihre politische Logik – wären da nicht die Erfahrungen aus der Vergangenheit, die einer solchen Mission den Erfolg verweigern dürften. Die politisch viel gewichtigeren USA haben sich bereits im Vorfeld desavouiert, als sie die Jerusalemer Begründung übernahmen, dass es um die Verteidigung gegenüber dem Terrorismus aus dem Gazastreifen gehe.

Netanjahu scheint nur noch bedingt Herr im eigenen Haus zu sein. Die Geister, die er gerufen hat, wird er nicht mehr los. Sie verfolgen ihn und machen ihm die Amtsautorität streitig. Hinzu kommt der Druck aus der israelischen Öffentlichkeit, die nach einem militärischen Exempel ruft. Dass sich die Polizei in Tel Aviv zurückzieht, als am Abend des 12. Juli Schläger gegen friedliche Demonstranten vorgehen, spricht Bände. Konsequent will sich der Regierungschef internationalem Druck nicht beugen und die „Operation Schutzschild“ könne einige Zeit andauern.

Auch in Ramallah wird Steinmeier wenig ausrichten können. Abbas ist gelähmt. Die Verurteilung der Ermordung der drei Talmudschüler am 12. Juli hat ihn innenpolitisch weiter isoliert – wenn es dazu noch einer Steigerung bedürfte. Auf „Hamas“ und was von ihr nach den israelischen Kommandos übriggeblieben ist, hat der palästinensische Präsident keinen Einfluss. Auch die Islamisten sind an einer Waffenruhe desinteressiert, weil ihre verbliebenen Arsenale die einzige Trumpfkarte sind. Die Abriegelung ist nicht, wie Ahron Bregman jüngst erzählt hat, nach der Regierungsübernahme von

[1] Abgeschlossen am 13. Juli 2014 mit einem Nachtrag am 16. Juli 2016.

„Hamas“ 2007 in Gang gesetzt worden, sondern war nach dem Abzug der 8.600 Siedler und des israelischen Militärs schon zwei Jahre zuvor angelegt. Die Behauptung des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dieter Graumann ist also schlicht falsch, Israels Rückzug 2005 sei „ein Zeichen des guten Willens“ gewesen.

Der deutsche Außenminister wird sich des Risikos bewusst sein, unverrichteter Dinge nach Berlin zurückzukehren und einen politischen Gesichtsverlust hinnehmen zu müssen. Steinmeier wird auch nicht vergessen haben, dass ihn die damalige Außenministerin Tsipi Livni abblitzen ließ, als er sich im Januar 2009 um einen Waffenstillstand bemühte. John Kerry hat jüngst das bittere Erlebnis nach Washington mitgenommen, dass selbst die USA kaum mehr denn als Handlanger Jerusalems dienen sollen. Die israelische Politik kann sich darauf bauen, dass sie von der Welt nicht fallengelassen wird. Folgerichtig sind Warnungen vor einer Bodenoffensive im Gazastreifen im Winde verweht.

Es ist noch keine zwei Wochen her, dass Steinmeier zum Abschluss des Besuchs von Avigdor Lieberman zu der Erklärung griff, beide Staaten seien „eng verbunden miteinander“ und er freue sich auf das 50. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im kommenden Jahr. In einem politischen Verständnis kann dies kaum gemeint sein. Denn der Frieden zwischen beiden Völkern, dem die Bundesregierung verpflichtet sein will, ist immer weiter entrückt.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-